

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Soll die Entlassungswelle uns alle überrollen?

Brauchen wir nicht sofort das Verbot aller Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen?

**Die Sorgen und Forderungen der ArbeitnehmerInnen müssen Gehör finden
GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen aus NRW
laden ein zu einer nationalen Versammlung**

DIE NICHT endenden Entlassungen, Arbeitsplatzvernichtungen, Lohnkürzungen und der Produktionsabbau bedrohen die soziale Existenz Hunderttausender, Millionen ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien.

Die OECD prognostiziert die Vernichtung von 1,8 Millionen Arbeitsplätzen in diesem und im nächsten Jahr. Aus der Bundesagentur für Arbeit, und nicht zuletzt aus den Betrieben selbst, ist zu hören: die Dämme, die durch die gesetzlichen Regelungen der Kurzarbeit errichtet wurden, beginnen zu brechen. Im Maschinenbau beginnen die Entlassungen, 50.000 Arbeitsplätze sollen verloren gehen.

Eine Antwort der Regierung unter Kanzlerin Merkel auf diese alarmierenden Nachrichten hieß: ein Hundert-Milliardenpaket an die Unternehmer und Konzerne mit der unverhohlenen Auflage, Produktion, Arbeitsplätze und Lohn abzubauen. Und sie stützt sich dabei auf die SPD-Minister in der Großen Koalition.

Die ArbeitnehmerInnen haben ebenso erlebt, dass der SPD-Parteitag am 14. Juni in Berlin unter der Regie von Steinmeier, Müntefering und Steinbrück den KollegInnen von Opel und Karstadt, von EDS, Qimonda usw., die um ihre Arbeitsplätze bangen, eine wirkliche Antwort verweigert.

Sie wagen es vielmehr, dem Parteitag, der SPD ihr Diktat aufzuzwingen: „Weiter so“ mit der Politik der Großen Koalition bis zu Ende.

Weiter so mit einer Politik, welcher die ArbeitnehmerwählerInnen der SPD bei den Europa-Wahlen gerade ihr wütendes Nein entgegengeschleudert haben?

„Weiter so“: sollen die ArbeitnehmerInnen der Entlassungswelle bis zu Ende ausgeliefert werden?

Auf der Linie des „Weiter so“ sollen Gewerkschafter / Betriebsräte weiterhin erpresst werden, den Stellen- und Lohnabbau, die industrielle Demontage „sozialverträglich“ mit zu gestalten und akzeptabel zu machen?

Das ist eine Provokation gegenüber den ArbeitnehmerInnen und ihren Familien.

Das können die Millionen ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, die Mehrheit der SPD-Mitglieder und WählerInnen nicht akzeptieren.

Seit Monaten bangen die Opel-Arbeiter um ihre Arbeitsplätze und Betriebe und kämpfen für deren Rettung. Während die Regierung mit ihrem „Rettungsplan“ 5 Milliarden und mehr Staatsgelder dem Unternehmen und einem Investor zur Verfügung stellt, sollen tausend KollegInnen sofort den Arbeitsplatz verlieren, soll empfindlich in die Produktion einiger Werke eingeschnitten werden und sollen 20.000 Beschäftigte auf ca. 1 Milliarde Euro Lohn verzichten, die ebenfalls in die Kassen des Unternehmens fließen, während die ArbeitnehmerInnen mit einem Aktienpapier abgefunden werden sollen.

Und auch dieser „Rettungsplan“ wird von den SPD-Ministern in der Großen Koalition getragen. Mit welchem Recht, in wessen Auftrag? Wie können diese Leute es wagen, sich weiter Sozialdemokraten zu nennen und diese Politik zu verantworten im Namen einer SPD, die von den ArbeitnehmerInnen zur Vertretung ihrer politischen Interessen gewählt wurde?

Soll es keine Lösung für die ArbeitnehmerInnen, für ihre Familien und die Gesellschaft geben – wie ist das möglich?

Brauchen die KollegInnen von Opel, von EDS, von den Wadan-Werften in Rostock und Wismar, von Karstadt/Quelle und den vielen anderen betroffenen Betrie-

ben nicht sofort Maßnahmen für den Stopp dieser Arbeitsplatzvernichtung? Kann das anders geschehen als durch ein gesetzliches Entlassungsverbot?

Muss nicht den Unternehmensvorständen und Eigentümern von Qimonda/Infineon die Entscheidung für die Zerstörung der Produktionsanlagen und Arbeitsplätze aus der Hand genommen werden und die Arbeitsplätze, Betriebe und Vermögen unter staatlichen Schutz gestellt werden?

KollegInnen und GenossInnen aus NRW haben zu einer **Arbeitnehmerversammlung am 12. September nach Köln** eingeladen.

Ziel der Versammlung soll es sein, den Sorgen und Forderungen der GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen eine Stimme zu geben; und allen sozialdemokratischen GenossInnen, die es nicht hinnehmen wollen, dass die SPD unter der Führung von Steinmeier, Müntefering und Steinbrück in eine noch vernichtendere Niederlage geführt wird.

Sollten wir auf den Vorschlag nicht antworten, um gemeinsam einzutreten für: **den Aufbau einer politischen Kraft für wirkliche Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitsplätze gegen die Krise.**

Wer will bezweifeln: die SPD, die sich heute öffentlich für eine gesetzliche Initiative zum Stopp der Arbeitsplatzvernichtungen – durch das Verbot von Entlassungen erklärt; die bereit ist, die von Zerstörung bedrohten Betriebe unter staatlichen Schutz zu stellen,

kann die Millionen ArbeitnehmerInnen mobilisieren und so die Kraft gewinnen für die Eroberung einer SPD-geführten Regierung, zur Erfüllung dieser Forderungen.

H.-W. SCHUSTER (Miteinlader zur Versammlung am 12. September)